



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

## An unsere Verbands- mitglieder!

Kollegen und Kolleginnen!

Fürchterlich ernste Zeiten sind über das deutsche Volk, über die deutsche Arbeiterschaft hereingebrochen. Die Kriegsfurie rast durch Europa, alles vernichtend und niederstampfend, was in langer, friedlicher und fleißiger Arbeit an Kulturwerten geschaffen wurde. Und jene Klasse, die all die Kulturgüter erzeugt, die Arbeiterschaft, ist es wieder, welche mehr wie alle anderen Gesellschaftsschichten von der ganzen Schwere der Kriegsschreden getroffen wird und die ungeheuersten Opfer an Gut und Blut bringen muß. Es ist heute überflüssig, nachzuprüfen, ob das Fürchtbare abzuwenden gewesen wäre. Gewollt hat den Krieg die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes ganz sicherlich nicht. Und die deutsche Arbeiterklasse hat ihr Möglichstes getan, den Frieden mit den übrigen Kulturnationen zu erhalten. Nun aber, wo wir vor schweren Schicksalsstunden stehen, treten alle Erwägungen darüber, warum es so und nicht anders gekommen ist, in den Hintergrund. Dem deutschen Volk und dem deutschen Vaterland droht das russische Knuteeregiment. Kultur und Entwicklung, die nationale Existenz und das deutsche Volkstum stehen auf dem Spiele, und da gibt es nur eine gebieterische Pflicht — handeln!

Und wie jeder Einzelne diesem Gebot der Stunde Folge leisten wird, so müssen und werden es auch die Gewerkschaften! Schwere Zeiten liegen vor uns und große bedeutungsvolle Aufgaben müssen gelöst werden. Die entsetzlichen wirtschaftlichen Verwüstungen, die der Krieg im Gefolge haben wird, sind im Augenblick nicht auszudenken. Das Geschäftsleben stockt, die Industrie liegt brach, das Heer der Arbeitslosen wächst ins Unermeßliche. Die Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland ist, nachdem auch England sich an die Seite des zaristischen Verbrechertums gestellt hat, abgebrochen, so daß eine maßlose Teuerung unausbleiblich ist. Hier aber werden die Arbeiterorganisationen, besonders die Gewerkschaften, ihr ganzes gegenwärtiges Wirken entfalten. Für die ins Feld ziehenden Arbeitsbrüder und ihre zurückgelassenen Familien werden Staat und Gemeinden und hoffentlich auch der private Opfermut derer, die dazu in der Lage sind, sorgen. Aber für diejenigen organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, die das Opfer des wirtschaftlichen Zusammenbruchs geworden sind und noch werden, müssen sich die Gewerkschaften in erster Linie berufen, nach Kräften einzutreten.

Um dies aber zu können, bedarf es der aufopferungsvollsten Mitarbeit aller! Ganz besonders in unserem Beruf werden es viele sein, namentlich Kollegen und Kolleginnen in den Zeitungsbetrieben, die weiter in

ihrer Arbeit bleiben. Und an diese richten wir ganz besonders den dringenden Appell, die Fahne der Organisation in dieser ersten Zeit nicht zu verlassen. Jeder Kollege und jede Kollegin hat jetzt mehr denn je die heilige Verpflichtung, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die unglücklichen Opfer aus ihren Reihen, mit denen sie bisher Schulter an Schulter gekämpft haben, einzutreten. Die jetzt vorhandenen Mittel unseres Verbandes gewährleisten unseren arbeitslosen Mitgliedern bis auf weiteres die statutarische Unterstützung in vollem Umfange. Tut die in Arbeit verbleibende Kollegenschaft nach wie vor ihre Pflicht, dann, aber nur dann wird und kann die Verbandskasse den weiteren Anforderungen gerecht werden. —

Wir erwarten daher von allen unseren Mitgliedern, daß sie in dieser Richtung voll und ganz ihre Pflicht erfüllen. Nicht nur allein im Interesse derer, denen sie ihr schweres Los erleichtern helfen, sondern auch im ureigensten Interesse jedes einzelnen, der momentan nicht von dem äußersten betroffen wird. Es gilt neben dem finanziellen Wirken des Verbandes auch die Erhaltung seiner sonstigen Wirksamkeit. Er wird dafür zu sorgen haben, daß alle eventuellen Verluste der Unternehmer zurückgewiesen werden, die darauf hinielen, die jetzige Situation dazu zu benutzen, die Löhne herabzudrücken, um später mit größeren Profitten arbeiten zu können. Daher erwarten wir auch von unseren Funktionären, daß sie alle, sofern sie nicht ins Feld müssen, getreulich an ihren Posten ausharren, damit wir die uns bevorstehenden schweren Zeiten um so leichter überwinden.

## Mitteilung des Verbands- vorstandes.

Die durch die Kriegslage gänzlich veränderte Situation bedingt auch außergewöhnliche Maßnahmen, die die Verbandsleitung treffen muß, um den Fortbestand unserer Organisation in dieser ersten Zeit zu sichern.

Um die Geschäfte der Ortsverwaltungen in möglichst geregelten Bahnen durchzuführen, müssen die durch die Einberufung von Verbandsfunktionären (Vorstände und Kassierer) entstehenden Lücken sofort mit geeigneten Personen ausgefüllt werden. Wenn die Abhaltung von Versammlungen aus irgendwelchen Gründen nicht möglich ist, sind die freigeordneten Ämter von den vorhandenen Vorstandsmitgliedern zu besetzen resp. von diesen hierzu vertrauenswürdige Personen zu ernennen. Ueber die Neubesetzungen ist dem Verbandsvorstand sofort unter genauer Angabe der Namen und Adressen Mitteilung zu machen.

Vorstandsmitglieder, deren Amtsdauer in der kritischen Zeit ablaufen sollte, bitten wir dringend, ihre Ämter bis auf weiteres beizubehalten.

Alle einzuliefernden und noch in den Kassen befindlichen baren Gelder, sofern sie nicht an die Verbandskasse abzuführen sind, sollen möglichst sofort bei den öffentlichen (städtischen oder Kreis-) Sparcassen hinterlegt werden. Das Geld ist dort am sichersten aufgehoben und zugleich tragen wir damit nach unserem Vermögen dazu bei, daß das Wirtschaftsleben nicht gänzlich unterbunden wird, wodurch wir uns als Arbeiter am meisten selbst schädigen. Es ist durchaus verfehlt, wie es in diesen Tagen so vielfach geschieht, Gelder, die nicht unbedingt notwendig gebraucht werden, den Sparcassen usw. zu entziehen. Es ist nur soviel bares Geld in den Kassen zu belassen, als zur Fortführung der internen Verwaltungsgeschäfte unbedingt erforderlich ist.

Besonders machen wir darauf aufmerksam, daß das Tarifverhältnis in allen Tariforten aufrechterhalten bleibt. Die Tarifinstanzen sollen aber nur in den allerwichtigsten Fällen in Anspruch genommen werden.

Die bestehenden Arbeitsnachweise, ob eigene oder paritätische, sind weiter zu führen. Die Arbeitslosen haben sich unter allen Umständen den Anordnungen der Nachweisverwalter zu fügen und jede ihnen zugewiesene Arbeit anzunehmen, widrigenfalls ihnen die Unterstützung entzogen werden muß.

Die statutarische Unterstützung an Arbeitslose wird bis auf Widerruf in der bisherigen Form ausbezahlt.

Die Auszahlung der Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung wird vom 9. August ab eingestellt. Die letzte Auszahlung erfolgt am Sonnabend, den 8. August. Die erkrankten Mitglieder müssen sich für die fernere Zeit mit den Unterstützungen der Krankenkassen begnügen.

Gesuche um Extrainterventionen bleiben bis auf weiteres unberücksichtigt.

Die Angehörigen des Verbandes verzichten angeichts der gegenwärtigen Lage zugunsten der unterstützungsbedürftigen Mitglieder auf 25 Proz. ihres Gehaltes.

Das Verbandsorgan erscheint bis auf weiteres nur nach Bedarf mit den notwendigsten Mitteilungen an die Mitglieder und Funktionäre. Da auch die Auflage aus Einsparisrücksichten auf das notwendigste beschränkt werden muß, bitten wir um baldige Angabe der für jeden Ort gewünschten Exemplare.

Wir erwarten von der Einsicht unserer Mitglieder, daß sie uns jetzt mehr denn je bei der Durchführung der schweren Aufgaben, die uns erwachsen, nach Kräften unterstützen, indem sie vor allem unseren notwendigen Anweisungen Folge leisten.

Berlin, den 5. August 1914.

Der Verbandsvorstand.  
F. A.: Paula Thiede.

## Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands

erläßt folgende Aufrufe an die Mitglieder der Gewerkschaften:

Alle Bemühungen der organisierten Arbeiterschaft, den Frieden aufrechtzuerhalten, den mörderischen Krieg zu bannen, sind vergeblich gewesen.

Der Krieg mit seinen Verwüstungen des wirtschaftlichen Lebens, mit seinen unermesslichen Opfern an Gut und Blut ist über die Kulturenationen hereingebrochen. Unzählige werden als Opfer auf den Schlachtfeldern bleiben. Schwer wird die Arbeiterklasse diese Last zu tragen haben, Arbeitslosigkeit, Not und Entbehrung wird in nie gekanntem Umfange hereinbrechen.

In dieser ersten Stunde richtet die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Auftrage der heute tagenden Konferenz der Vertreter der Vorstände den Appell an die Mitglieder der Gewerkschaften, ihrer Organisation treu zu bleiben, um die dringend notwendige Fortsetzung der Tätigkeit der Gewerkschaften zu sichern.

Die Gewerkschaften werden alle Mittel in den Dienst ihres Aufgabekreises stellen. Aber dauernd können sie diese Verpflichtungen nur erfüllen, wenn diejenigen, die in Arbeit stehen, nach wie vor es als ihre Pflicht betrachten, durch die Beitragsleistung es zu ermöglichen, daß die Unterstützungen an die Hilfsbedürftigen weitergezahlt werden. Die Gewerkschaften werden bestrebt sein, soweit es in ihren Kräften steht, die bitterste Not der Mitglieder und ihrer Angehörigen zu mildern.

Wir erwarten aber auch in dieser schicksalsschweren Stunde, daß nicht diese wirtschaftliche Schwächung der Arbeiterklasse ausgenützt wird, um die Löhne herabzubringen und unwürdige Anforderungen an die Arbeiterschaft gestellt werden.

Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft zu ihren Organisationen steht und sie über eine Zeit der schwersten Prüfung lebensfähig erhält und die Solidarität der Arbeiterschaft sich in aller Treue bewährt.

Von dem Zentralverein der Arbeitsnachweise sind in Berlin an den Anschlagssäulen Plakate angebracht, durch die alle, welche zur Erntearbeit bereit sind, sich melden sollen. Es ist daraufhin in verschiedenen Gewerkschaftsbüros angefragt worden, unter welchen Bedingungen die Arbeitsannahme erfolgt.

Es ist in Verhandlungen, die am 2. und 3. August stattgefunden haben, an denen teil-

nahmen die Herren Unterstaatssekretär des Innern Richter, Direktor des Reichsamts des Innern Caspar, Geheimrat Dr. Wiedfeld, zwei Vertreter der Generalkommission und in der Sitzung am 3. August ein Herr vom preussischen Landwirtschaftsministerium, das folgende vereinbart worden:

„Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Arbeit in der Landwirtschaft annehmen, unterstehen nicht der Gesindeordnung. Als Lohn erhalten sie den für landwirtschaftliche Arbeiter festgesetzten ortsüblichen Tagelohn und außerdem freie Wohnung und Verpflegung.

Die Vermittlung der Arbeitskräfte erfolgt durch die öffentlichen Arbeitsnachweise. Von den Gewerkschaften wird in allen Orten eine Vertrauensperson bestellt, an welche sich die auf dem Lande Arbeit Annehmenden wenden sollen. Die Vertrauensperson soll ständig mit der freiwilligen Arbeitsvermittlungsstelle in Verbindung bleiben.

Die Arbeitsnachweise haben das Recht, zu kontrollieren, ob die Arbeitsbedingungen eingehalten werden und Wohnung und Verpflegung berechtigten Anforderungen entspricht.

Ein allgemeines Vertragsformular, in dem diese Bedingungen festgelegt sind, soll noch vereinbart werden.“

In den nächsten Tagen wird eine Ueberführung von Arbeitskräften aus den Städten auf das Land kaum möglich sein. Wir hoffen, daß bis zu der Zeit, in welcher diese Arbeitsannahme eintreten kann, die Bestellung der Vertrauensleute erfolgt sein wird. Eine entsprechende Anweisung an die Vorstände der Zentralverbände und von diesen an die Zweigvereine der Verbände wird unverzüglich erfolgen.

Die Einbringung der Ernte ist unter allen Umständen erforderlich.

Es müssen deshalb alle in der Industrie freizubehaltenen Kräfte, soweit dies irgend möglich ist, die Erntearbeiten übernehmen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche Landarbeit annehmen wollen, tun jedoch gut, vor endgültigem Abschluß eines Vertrages im Arbeitsnachweis sich an die gewerkschaftlichen Organisationen oder an die bis dahin bekannten Vertrauenspersonen zu wenden.

## Die Volksvertretung und der Krieg.

Am Dienstag, den 4. August, trat der Deutsche Reichstag zu einer Sitzung zusammen, um die durch die Kriegslage notwendig gewordenen

gesetzlichen Maßnahmen zu beschließen. Für die von der Regierung geforderten Kriegskredite in Höhe von fünf Milliarden Mark stimmte auch die sozialdemokratische Fraktion, wozu Genosse Haase im Auftrage der Fraktion folgende Erklärung abgab:

„Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Aera des Vertrauens herbeigeführt wurde und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu, wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einvernehmen mit den französischen Brüdern (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten) für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei. (Lebhafter Beifall im ganzen Saale.)

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen (der Reichsanwalt betritt wieder den Saal), an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schreden des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald Zehntausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, ist eine unermessliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht. (Erneutes lebhaftes Bravo! bei allen Parteien.)

Für unser Volk und seine freibestimmte Zukunft steht bei einem Siege des russischen

## Bilder aus der deutschen Industrie.

### II. (Schluß.)

Von der staubweißen Chaussee mit ihren Dickschnecken biegen wir im rechten Winkel ab, es dehnt sich das Heidefeld, Wagen knarren, voll mit Kalksandsteinen beladen, Maurer, weit verstreut, arbeiten an Fundamenten und am Wachsen der Häuser und Ställe. Wir gehen vorbei inscheinbar unendliche Heidefeld hinein. Es ist von sauber hergestellten Gräben durchzogen. Die Melioration ist die Grund- und Hauptfrage der Kultivierung. Der gewaltige Dampfpflug hat das Gelände in wilden Riesenschollen umgewühlt, die Furchen ziehen sich so weit wir sehen können.

Die Entwicklung der Kultivierungsmaschinen und -apparate ist ein Stück Geschichte der Landwirtschaft für sich. Einmal drehte es sich natürlich darum, an die Stelle der schwachen Pferdekraft die stärkere Energie und damit die größere Leistungsfähigkeit der Maschine zu setzen. Darüber hinaus kamen aber erst die Probleme. Man denke sich den weichen Moorboden, der kaum die Pferde trägt, oder den losen Sand, der von den flacharbeitenden Pflugscharen überhaupt nicht umgebrochen werden kann. Deswegen bildeten sich die Räder dieser modernen Kultivierungsmaschinen zu wahren Schaufelungen aus. Der Stockmotor, den ich im Nauener Luch arbeiten sah, hatte übermanneshohe Riesenräder. Schon von weitem hörte man das Atmen seiner Kraft, der

Benzinmotor knatterte in die Stille der trocken gelegten und abgebrannten unendlichen Moorwiesen. An den Stockmotor mit seinen Riesenschaufelrädern waren mächtige Zementwalzen angehängt, die dem umgebrochenen Lande durch ihren Druck wieder ihren Zusammenhang mit dem Mutterboden, die Kapillarfähigkeit, die Sicherung für das Aufsteigen der Bodenfeuchtigkeit bis zu den Wurzeln der Pflanzen zu geben haben. An anderen Stellen sah ich weit über das Oedland ein Seil hinweggespannt, an beiden Enden von flachen Benzinmotorwagen gehalten, auf denen Seilwinden, nach Art der Ankerspills, montiert waren. Am Seile wurde der eigentliche Pflugkörper geschleppt. War er auf seinen mächtigen breiten Rädern bis an die eine Maschine herangezogen, so wurde er gekippt, um von der anderen Maschine, neue Furchen aufwerfend, zurückgezogen zu werden. Der Pflugkörper kann nicht an jedem Furchenende gewendet werden, er ist immer an das Seil gebunden, deswegen besteht er eigentlich aus zwei Pflügen, die mit ihren Köpfen auf der gemeinsamen Räderachse zusammentreffen. Ein Pflugkörper ragt immer in die Luft, der andere pflügt. In Fallingvostel hat man mit dem Dampfpflug gearbeitet, der nach ähnlichen Prinzipien konstruiert ist.

Das eigentliche Hochmoor verlangt kompliziertere Bearbeitung, ehe es Wiese und Weide, Ackerland und Nahrungsmittel hergibt.

Von den sumpfigen Gebieten der Heide sprachen wir schon kürzlich, als die Entstehung

der Lüneburger Heide kurz skizziert wurde. Diese Becken, denen aus tausend Bächen von allen benachbarten Abhängen und Tälern immerfort Wasser zufließt, sind die Wiege des Moores. Kommt man in die Nähe von Triangel, zum Giffhörner Moor, dann trifft man einen sumpfigen, halb unter Wasser stehenden, schwül dampfenden Wald; so sah wohl einmal das Giffhörner Moor selbst aus. Der Wald vermooste, durch die Bodenfeuchtigkeit und im besonderen durch die in jenen Zeiten viel größere Luftfeuchtigkeit unterstützt. Der vermooste Wald vermoort allmählich. Im Grunde genommen ist jedes Hochmoor ein einziger großer nasser Torfmoosstapel, der unten mit den Jahrhunderten abstirbt, vermoort, oben aber immer weiter wächst. Seine mit Wasser gesättigte Moosoberfläche läßt den Luftsauerstoff nie an die Moosstängel, sie verwandeln sich nicht in ein Verwesungsprodukt, sondern in Torf. Der Wald, in dem das Moos wächst, erstirbt, verfault, kommt buchstäblich um. Gräbt man heute im Hochmoor — bei Triangel ist besonders deutlich zu sehen — dann sieht man bald auf die Wurzelstümpfe des ehemals dort lebenden Waldes.

Das Giffhörner Hochmoor und ähnliche Moorgebiete stellen eine Schicht von sechs, acht, ja zehn und noch viel mehr Metern dar, die über dem Urboden liegt. Eine normale Kultivierung würde auch bei modernsten landwirtschaftlichen Methoden nur die Oberfläche des Moores ausnutzen, ohne ihn selbst zu verwerten. Zudem lassen sich auf dem Hochmoor kaum feste Gebäude aufrichten,



Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes bedeckt hat (stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten) viel, wenn nicht alles, auf dem Spiel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. (Stürmisches Bravo! im ganzen Hause.) Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. (Lebhaftes Bravo!) Wir fordern dies nicht nur im Interesse der von uns stets verfochtenen internationalen Solidarität, sondern auch im Interesse des deutschen Volkes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Kriege weden und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite. (Lebhafte Beifall.)

Von den beschlossenen Gesetzen heben wir folgende hervor:

**Die Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer** ist durch eine Aenderung des Gesetzes vom 28. Februar 1888 etwas erhöht. Die im Falle der Behinderung zu zahlenden Unterstützungen der Familien Eingezogener betragen demnach mindestens:

- für die Ehefrau im Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober monatlich neun Mark (früher 6,— M.), in den übrigen Monaten zwölf Mark (früher 9,— M.);
- für jedes Kind unter 15 Jahren monatlich sechs Mark (früher 4,— M.). Als unterstützungsberechtigt gilt auch ein uneheliches Kind, insofern die Verpflegung des Vaters zur Gewährung des Unterhalts festgestellt ist;

trotzdem man hier mit Pfahlrosten bis in den Sand hinein geht. Alles ist eine elastische flizige Fläche. Die Hochmoorkultivierung wurde erst tentabel, als man industrielles und landwirtschaftliches Interesse verband.

Planmäßige Kultivierung verwandelt die Hochmoorfläche bald in nutzbringende Süßgraswiesen. An der geeignetsten Stelle beginnt man nun, das Moor abzubauen, hier wird natürlich die Wiesensfläche wieder zerstört. Die Arbeiter rücken direkt an das Moor heran und drücken es allmählich durch Abbau immer weiter zurück. Das Torfstechen ist selbstverständlich Akkorarbeit. Mit dem Torfbeck, einem beilartigen langen Messer am kurzen Griff, das mit beiden Händen gehalten, regelmäßig tief in die Moorwand hineingehauen wird, werden die Torfstücker vorbereitet. Der kurze Torfspaten, fest gepackt und kurz mit ihm horizontal zugestochen, schneidet und hebt den Torf als Stück aus seinem Gefüge. Die Torfstücker werden an der Luft getrocknet und verpackt. Die Torfheizung ist geographisch beschränkt, weil sie weiter als auf 100 Kilometer der Kohle keine Konkurrenz mehr machen kann.

Die Torfstechmaschine ist das übliche, die Arbeiter selbst zur Maschine umgestaltende, eiserne Hilfsmittel. Unten am Fuße der Torfwand stehen die in der Torfmauer wühlenden und hauenden eigentlichen Torfstecher, baggerartig nach oben gehoben kommt der Torf in langem dickem Bande, etwa in Ziegelsteinformat, aus der Maschine. Hier wird es in bestimmten Längen abgeschlagen,

c) für nicht entferntere Verwandte und Geschwister monatlich sechs Mark (früher 4 M.), insofern sie von dem in das Heer Eintretenden unterhalten wurden.

#### Aufhebung von Arbeiterschutzvorschriften.

Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges kann der Reichskanzler allgemein, oder für bestimmte Bezirke oder für bestimmte Arten von Anlagen und, soweit er nicht Bestimmungen erläßt, die höhere Verwaltungsbehörde für einzelne Betriebe auf Antrag Ausnahmen von den in §§ 135 bis 137 a Abs. 2, 154 a der Gewerbeordnung vorgesehenen Beschränkungen und von den auf Grund der §§ 120 e, 120 f, 139 a der Gewerbeordnung vom Bundesrat erlassenen Bestimmungen gewähren. Der Bundesrat wird ermächtigt, den Zeitpunkt zu bestimmen, zu welchem dieses Gesetz wieder außer Kraft tritt.

§§ 135—137 betreffen die Maximalarbeitszeit von sechs Stunden für Kinder unter 14 Jahren, von zehn Stunden für junge Leute von 14 bis 16 Jahren, die Pausen, die Minimalruhezeit und Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen und für Arbeiter von 14 bis 16 Jahren.

#### Änderungen in der Krankenversicherung.

Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges werden bei sämtlichen Orts-, Land-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen die Leistungen auf die Regelleistungen und die Beiträge auf 4% vom Hundert des Grundlohns festgesetzt. Laufende Leistungen bleiben unberührt. Das Versicherungsamt (Beschlußauschuß) kann auf Antrag des Vorstandes einer Krankenkasse verfügen, daß niedrigere Beiträge erhoben oder höhere Leistungen gewährt werden, wenn die Leistungsfähigkeit dieser Klasse gesichert ist. Das Versicherungsamt hat auf solchen Antrag alsbald zu beschließen. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig.

Reichen bei einer Klasse diese Beiträge von 4% vom Hundert des Grundlohns für die Regelleistungen und Verwaltungskosten nicht aus, so hat bei Orts-, und Landkrankenkassen der Gemeindeverband, bei Betriebskrankenkassen der Arbeitgeber, bei Innungskrankenkassen die Innung die erforderlichen Beihilfen aus eigenen Mitteln zu leisten. Solange dies bei einer Orts- oder Landkrankenkasse geschieht, kann der Gemeindeverband einem Vertreter das Amt des Kassenvorstandes übertragen. Gemeindeverbände sind die von der obersten Verwaltungsbehörde auf Grund der Reichsversicherungsordnung § 111 Ziffer 2 hierzu bestimmten Verbände.

auf Bretter geschoben, auf dem Wagen der Feldbahn übereinandergestapelt und rasch ins Feld gefahren. Niedergelegt, trocken die Torfstücker; bald werden sie umgestapelt, umgesetzt, die Frauenarbeit beginnt. Der nicht zum Brennmaterial geeignete Torf geht in die Torfmüll- und Torfstreu-fabrik, hier wird er zerfasert und zerrissen, behandelt und zusammengepreßt. In mächtigen Ballen geht er auf die Reise in die Viehställe, in denen heute das Flüssige der Tierexkremente durch Torfmüll aufgesaugt wird, um als Düng im landwirtschaftlichen Betriebe mit verwertet zu werden. Torfmüll findet auch als Isolationsmaterial Verwendung. Die modernste Bewertung des nicht als Torf zu benutzenden Abfalls ist aber, daß er, nach leidlicher Trocknung, einfach im Kessel der elektrischen Kraftzentrale verbrannt wird.

Das völlig freigelegte Erbsundament des Hochmoores ist normaler, mehr oder weniger sandiger Untergrund, der nun, landwirtschaftlich kultiviert, Weide und Acker vergibt. Die Meliorierung spielt bei dieser absoluten Befestigung des Hochmoors natürlich eine große Rolle. Das Drainagesystem ist deswegen hier gut ausgebaut.

Die Hochmoorkultivierung ist also eine Bewertung, die eine Kombination zwischen landwirtschaftlichem und industriellem Betriebe darstellt. Dadurch arbeitet auch die Landwirtschaft in der Zeit der stärksten Betriebsbelastung, wie es z. B. die Erntezeiten sind, ohne besondere Aufkosten. In den für die Landwirtschaft wichtigeren Zeiten wird der industrielle Torfbetrieb gedämpft, die

Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges werden die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die hausgewerbliche Krankenversicherung außer Kraft gesetzt. Laufende Leistungen und fällige Beiträge bleiben unberührt. Auf übereinstimmenden Antrag der beteiligten Gemeinde oder des Gemeindeverbandes und des Vorstandes der Krankenkasse kann das Oberversicherungsamt genehmigen, daß die hausgewerbliche Krankenversicherung durch statutarische Bestimmung geregelt wird. Das Oberversicherungsamt entscheidet endgültig.

Der Bundesrat wird ermächtigt, den Zeitpunkt zu bestimmen, zu welchem dieses Gesetz wieder außer Kraft tritt. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

## Korrespondenzen.

Berlin. Die ordentliche Mitgliederversammlung am 22. Juli ehrte das Andenken der verstorbenen Kollegin Auguste Müller und des Kollegen Gustav Keldner durch Erheben von den Plätzen. Für die aus dem Ortsvorstand ausgeschiedene Kollegin Marie Müller wurde A. Moritz gewählt. Danach erstattete Kollege Gloth den Bericht vom Verbandstag. Er betonte, daß nicht viel zu berichten sei, denn von den sechsstägigen Verhandlungen wurden drei Tage für geschlossene Sitzungen benötigt. Die Angelegenheit Moritz erforderte zwei Tage und endigte mit der Niederlegung einer von 14 Delegierten unterzeichneten Resolution, der auch der Hauptvorstand beitrug. (Da ein Bericht über die Verbandstagsverhandlungen schon in Kürze in der „Solidarität“ veröffentlicht wurde, lassen wir denselben hier fort. Der Schriftführer.) Es setzte eine ziemlich ausgedehnte Diskussion ein, an der sich die Kollegen Baumgarten I, Marie Müller, Griefler, Fuß, Moritz, Horne und Gloth wiederholt beteiligten. Bemängelt wurde, daß zur Berliner Angelegenheit zwei Tage gebraucht wurden, die Erhöhung der Beiträge, die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung und vor allem, daß die Berichtserstattung über die geschlossenen Sitzungen eine derartig dürftige sein muß. Allgemein wurde aber anerkannt, daß die Berliner Delegierten ihre Pflichten erfüllt haben und der Wunsch ausgesprochen, daß nun wieder Ruhe und Frieden zwischen Hauptvorstand und Abstellstelle Berlin einziehen möge. Sodann folgte die Wahl zum Hauptvorstand. Auch hier setzte eine sehr lebhaft diskutierte ein. Gewählt wurden die Kollegen Korkmann, Marx, Marie Müller und Helene Eichhorn. In die Redaktionskommission wurden die Kollegen Feister, Weich und Willi Grohmann gewählt. Bei der Wahl der Revisionskommission gab es eine ziemlich erregte Debatte zwischen den Kollegen Moritz und Griefler und Herrn Schmidt

eingearbeiteten, weil dauernd im Betrieb sich befindenden Arbeitskräfte werden in die landwirtschaftliche Abteilung des Gesamtbetriebes hineingeföhren, sie kehren sofort an ihre Torfstecherei zurück, sobald sie dort überflüssig werden.

Der im großen gut durchorganisierte Bewertungsbetrieb des Hochmoores gibt auch im Kleinen noch viele Gewinnmöglichkeiten. So werden z. B. die nicht zum reinen Brenntorf geeigneten Materialien auch im Köhlermeiler an Ort und Stelle zu Holzohle — Holzohlenersatz — umgewandelt.

Die Hochmoorkultivierung rückt, wie eine langsam abschmelzende Gletscherfront immer weiter in die Höhe zurück, getrieben und zerföhren von wütend arbeitenden Polen und Ruthenen, der Landwirtschaft sind neue Riesensflächen gewonnen, der Markt der Heizungsmaterialien kann mit einem weiteren Feuerungsmaterial beschickt werden, die eigene Betriebskraft schafft man sich aus den Abfällen, Hilfsstoffe sichern größeren Gewinn und die Allgemeinheit — hat allzu oft wenig davon, weil die private Initiative dem langsam denkenden Staate zuvorkommt. Das Giffhorner Moor ist auch einmal für einen Pfifferling aus Staats-händen in geschickte Privatband gekommen.

Die Spekulation in der Lüneburger Heide ist allein schon genügender Beweis dafür, daß hier das organisierte Wohl der Allgemeinheit ganz gründlich eingreifen muß.

über eine Ausrüstung des Letzteren in einer der vorherigen Versammlungen. Schließlich wurden in die Revisionskommission gewählt Kollege Selle, Kollegin Schöbel und Kollege Barduhn. Kollege Altendorf beantragte, wegen der in Leipzig während der Ausstellungszeit herrschenden hohen Preise je 5 Mk. pro Tag aus der Ortskasse nachzubewilligen. Dieser Antrag wurde auf Vorschlag der Kollegin M. Müller, dem sich Kollege Gloth anschloß, zur nächsten Versammlung vertagt und darauf die heutige Versammlung mit dem üblichen Hoch geschlossen. (Eingega. 1. 8.)

**Schwerin.** In der am besuchten Mitglieder-versammlung am 23. Juli gab Kollege Kirchner-Samburg den Bericht vom Verbandstag. Nachdem Medner kurz auf die zur Verhandlung stehenden Punkte einging, berichtete er ausführlich über die erfolgte Statutenänderung. Er wies die Notwendigkeit der Sanierung der Kassenverhältnisse betr. der Dauer und Höhe der Unterstützungen, sowie der Beiträge eingehend nach. Die Schaffung der sechsten Klasse, welche eine Beitragserhöhung von 10 Pf. bei einem Verdienst von 23 Mk. pro Woche mit sich bringt, wird uns in die Lage versetzen, unsern Kassenbestand um ein Beträchtliches zu erhöhen. Den älteren Mitgliedern werden im Großen und Ganzen ihre erworbenen Rechte erhalten bleiben. Die Umwandlung der Wöchnerinnenunterstützung zur Krankenunterstützung bringt für die betreffenden weiblichen Mitglieder einen guten Vorteil. In der lebhaften Diskussion erklärten sich sämtliche Medner mit dem Resultat des Verbandstages einverstanden. Sie gaben ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die Agitation mehr wie bisher gepflegt werden müsse. Auf Grund dessen wurde beschlossen, in allernächster Zeit in eine rege Hausagitation einzutreten in der Voraussetzung, daß uns unsere verwandten Berufe in jeder Weise unterstützen werden. (Eingega. 31. 7.)

**Stuttgart.** Am 27. Juli fand eine Mitglieder-versammlung statt, in der Kollege Döfler über den Leipziger Verbandstag in eingehender Weise berichtete. Kollege Werner gab der Versammlung ein Stimmungsbild der in Leipzig abgelaufenen Verhandlungen und würdigte dabei die Beschlüsse in ideeller Hinsicht. Er betonte u. a., daß zur Einmütigkeit vieler Beschlüsse, hauptsächlich bei der Schaffung der 6. Klasse und der Unterstützungsregulierung, die Ausstellung selbst ein auf Teil beigetragen habe. Bei aller Ehrlichkeit und bei aller Würdigung des Fortschrittes konnten die Delegierten doch das Gefühl nicht los werden, daß dadurch wieder viele Arbeitshände überflüssig werden. Es werden dann aller Voraussicht nach wieder die Besitzbestehen sein, die zuerst daran glauben müssen. Deshalb war es die Hauptaufgabe des Verbandstages, den Verband so auszubauen, daß er auch wirklich ein Schutz und Hort für die vom Unglück Betroffenen sein kann. Dabei durfte aber auch nicht vergessen werden, daß der Verband auch in Zukunft seiner weiteren Hauptaufgabe, „Erzielung möglichst künstlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen“, gerecht werden kann. Den Delegierten fiel anlässlich dieser Umstände die Zustimmung zu den diesbezüglichen Anträgen nicht schwer. Auch die Kollegenschaft wird bei gleicher Würdigung der gegebenen Tatsachen zur selben Überzeugung gelangen. An der Diskussion beteiligte sich nur der Kollege Moser. Derselbe zeigte sich mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden, nur wünschte er, daß die nächste Tarifrevision unter keinen Umständen soweit hinausgezögert werden soll, wie dies das letzte Mal der Fall gewesen sei. Er sprach zum Schluß den beiden Delegierten im Namen der Versammlung den Dank für die auf dem Verbandstag geleistete Arbeit aus. Die Versammlung selbst erklärte sich einstimmig mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden und versprach für dieselben eintreten zu wollen. (Eingega. 31. 7.)

## Rundschau.

**Georg Eichler †.** Nach mehrjährigem schweren Leiden ist am 31. Juli der Drucker unseres Verbandsorgans gestorben. Den Verstorbenen hat mehr als nur die geschäftliche Seite mit unserem Verband verknüpft. In den Anfängen der Hilfsarbeiterbewegung, vor mehr denn 20 Jahren, hat Georg Eichler an dem Aufbau der jungen Organisation tätig mitgewirkt und unsere Bestrebungen nach jeder Richtung hin unterstützt. So manchmal war Ebbe in den Vereinstufen, was aber Eichler niemals hinderte, die notwendigen Drucksachen herzustellen, obwohl er selbst in seinem jungen Betriebe mit den größten Schwierigkeiten zu

kämpfen hatte. Seit dem 28. Juni 1896 wurde die „Solidarität“ ständig in seiner Druckerei hergestellt und in den ersten Jahren war Eichler sehr häufig nicht nur Drucker, Korrektor und Expedient des Blattes, sondern auch sein Redakteur. Stets und ständig in rühriger Weise für die Arbeiterfrage tätig, war er verschiedene Jahre hindurch sozialdemokratischer Gemeindevertreter in Pantow bei Berlin. Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

**Eine Hilfsaktion der Arbeiterinnen.** Die Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauen, der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und der Frauen in den Konsumgenossenschaften haben sich über eine umfassende Hilfsaktion zugunsten der durch den Krieg in Not geratenen Arbeiterfamilien verständigt. Weitere Informationen für die Genossinnen und die Allgemeinheit werden noch bekanntgegeben.

**Jean Jaures ermordet.** Der Führer der französischen Sozialisten, der bereite Vorkämpfer für den Frieden, für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, ist in dem Augenblick einem feigen Mordbuben zum Opfer gefallen, als die Frage, ob Krieg oder Frieden, auf des Messers Schneide stand. Seit der Ermordung Jaures ist der Draht nach Frankreich so gut wie abgeschnitten, es kommen fast gar keine Nachrichten mehr über die Grenze. Nur einige kurze Telegramme über die Vorfälle liegen vor. Hierauf feuerte ein Individuum, als Jaures am Abend des 31. Juli im Café Croissant in Paris saß, einige Revolverkugeln auf ihn ab, die ihn am Kopf trafen und den sofortigen Tod herbeiführten. Der Mörder soll Raoul Villain heißen, 29 Jahre alt und der Sohn eines Schreibers am Zivilgericht in Reims sein.

**Nom Reichstarif der Chemigraphen und Kupferdrucker.** Die Zentralkommission der Chemigraphen und Kupferdrucker Deutschlands erstattet jeben in einer Broschüre von 62 Seiten Bericht über die zweite Tarifperiode des Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbes. Sie begann am 1. Januar 1909 und dauerte bis zum 31. Dezember 1913, also fünf Jahre. Da die Tarifgemeinschaft Ende 1913 erneuert wurde, hat am 1. Januar des laufenden Jahres die dritte, ebenfalls fünfjährige Tarifperiode begonnen.

In der zweiten Periode stieg die Zahl der in tariffreien Anstalten beschäftigten Gehilfen um 654 oder 35,2 Prozent auf 2811. Die Zahl der tariffreien Firmen betrug Ende 1913: 150. 77 Firmen mit 413 Gehilfen stehen der Tarifgemeinschaft fern, das sind 33,9 Prozent aller Firmen und nur 12,8 Prozent aller Gehilfen. Daraus ist zu erkennen, daß die der Tarifgemeinschaft nicht angehörenden Anstalten meist kleinen Umfanges sind und daß die größeren Firmen fast durchweg den Tarif anerkannt haben.

In den tariffreien Anstalten wurden am Schluß der zweiten Tarifperiode 580 Lehrlinge beschäftigt, durchschnittlich auf 44 Chemigraphen oder auf 3,8 Kupferdrucker ein Lehrling. 165 Lehrlinge standen im ersten, 136 im zweiten, 135 im dritten und 144 im vierten Lehrjahre.

Die Arbeitszeit betrug in der zweiten Tarifperiode überall für Chemigraphen 48 Stunden, für Kupferdrucker 51½ Stunden wöchentlich oder acht bzw. 8½ Stunden täglich.

Der Durchschnittslohn der Chemigraphen stieg von 35 Mk. am Schluß der ersten auf 37,98 Mk. am Ende der zweiten Tarifperiode, das ist eine Lohnsteigerung um 2,98 Mk. oder um 8½ Prozent in einem Zeitraum von fünf Jahren. Der Durchschnittslohn der Kupferdrucker betrug am Schluß der zweiten Tarifperiode 42,07 Mk. Es gelang in dieser Periode, die in der schlechten Konjunktur gesunkenen Löhne wieder etwas zu heben.

Im Jahre 1913 erhielten von den insgesamt ermittelten 2811 tariffreien Schülern 980 (907 Chemigraphen und 73 Kupferdrucker) oder 34,9 Prozent aller Gehilfen bezahlten Sommerurlaub in der Gesamtdauer von 4559 Tagen. Auf jeden dieser Gehilfen entfielen also durchschnittlich annähernd 4½ Ferientage. Ein Vergleich mit früher ist nicht möglich, da Angaben über die Urlaubsverhältnisse am Beginn der zweiten Tarifperiode leider fehlen. Die größte Zahl der Ferientagebewilligungen dürfte aber im Laufe der zweiten Periode erfolgt sein.

Jedenfalls ergibt sich aus dem Bericht der Zentralkommission, daß die Tarifgemeinschaft für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker auch in den zweiten fünf Jahren ihres Bestehens für das ganze Gewerbe und für die Gehilfen-schaft gut gewirkt hat.

**Erwerbstätige jugendliche und junge Arbeiter im Deutschen Reich.** Im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich (35. Jahrgang 1914) sind über die Zahl der in Gewerbebetrieben mit mindestens 10 Arbeitern (die der Gewerbeaufsicht unterstellt sind) beschäftigten jugendlichen und jungen Arbeitern diese Angaben enthalten, die den Stand vom Jahre 1912 wiedergeben:

Arbeiterinnen im Alter von 16—21 Jahren wurden 533 399 beschäftigt;  
Arbeiterinnen im Alter von 14—16 Jahren 179 964;

Kinder weiblichen Geschlechts 6133;  
Arbeiter im Alter von 14—16 Jahren 358 327;  
Kinder männlichen Geschlechts 7780.  
Die Zahl der männlichen Arbeiter im Alter von 16—21 Jahren ist nicht angegeben.

**Arbeiterurlaube in der Schweiz.** Die schweizerische Sektion der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hat Erhebungen über den Arbeiter- und Angestelltenurlaub in den gewerblichen, kaufmännischen, verkehrstechnischen und Verwaltungsdienst sowie bei Lehrlingen angestellt. Beim Handwerk und bei der Heimarbeit finden sich nur vereinzelte oder gar keine Anfänge einer Gewährung von Urlaub an Arbeiter, während die in den Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeiter doch schon zu einem großen Prozentsatz an dieser Vergünstigung teilnehmen. 1910/11 gewährten zwölf Prozent der Betriebe ihren Arbeitern Urlaub, acht Prozent der Arbeiter in diesen Betrieben genießen diese Wohltat. Unter den einzelnen Industrien nehmen die chemische Industrie, die Papierfabrikation und die graphischen Gewerbe in bezug auf den Prozentsatz der urlaubgewährenden Betriebe und der davon betroffenen Arbeiter eine hervorragende Stellung ein, was um so bemerkenswerter ist, als es sich dabei vorwiegend um ungesunde Betriebe handelt. Die Gruppe der Zentralanlagen für Gas-, Wasser- und Elektrizitätslieferung, in der namentlich kommunale Betriebe vertreten sind, steht an erster Stelle. Die Kosten der Ferientage werden einerseits durch die neuverworbene Arbeitskraft, andererseits durch verminderte Ertragsmöglichkeiten ausgeglichen. Diese Vorteile kommen sowohl den Unternehmern wie den Arbeitern unmittelbar wie auch den Kranken- und Unterstützungsstellen zugute.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Der neugewählte Verbandsvorstand hat sich in seiner Sitzung vom 5. August konstituiert. Die Adresse der Verbandsvorstände, Frau Paula Thiede, des Kassierers, Heinrich Rodahl und des Redakteurs, E. Bucher, ist wie bisher

Berlin N.O. 18, Eßlingerstr. 18 v. III.  
Als Schriftführerin wurde gewählt Kollegin Marie Müller.

Da wir während des Krieges eine andere Form der Abrechnung wählen müssen, ersuchen wir jene Zahlstellen, die das zweite Quartal noch nicht abgerechnet haben, die Abrechnungen bis spätestens 15. August einzusenden.

Die Mitgliedsbücher Nr. 22 563, auf den Namen Willi Schönherr lautend, sowie Nr. 19 690, auf den Namen Karl Reubelt lautend, sind verloren gegangen und werden hiermit für ungültig erklärt.

### Der Verbandsvorstand.

F. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

## Adressenveränderungen.

Zwickau i. S.  
Vorsitzender und Kassierer: Albert Amberlett, Döwalsstr. 6 II.  
Arbeitsnachweis: Sächsisches Volkslabatt, Döwalsstr. 16, im Hof rechts. Sprechzeit von 9—10 und 2—4 Uhr.

## Abrechnungen.

Das zweite Quartal 1914 haben in dieser Woche abgerechnet:

Gau 3: Mannheim 79,30 Mk.

Gau 6: Leipzig 1732,08 Mk.

S. Rodahl.